



R-01-2017A

WORKING PAPER



„VIELFALT IN EINIGKEIT“

ALEXANDER AKEL

UNIVERSITÄT KASSEL

POLITISCHE KULTUR

DEMOKRATISCHER VERFASSUNGSSTAAT



Herausgeberschaft:

Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e.V. (DNGPS)

Ansprechpartner:

Eike Ortlepp (working-paper@dngps.de)

Simon Bein (bein@dngps.de)

Universität Osnabrück

Fachbereich Sozialwissenschaften

Seminarstraße 33

49069 Osnabrück

Homepage: www.dngps.de

Email: info@dngps.de

Facebook: www.facebook.com/DNGPS

Twitter: <https://twitter.com/DNGPS>

Amtsgerichtsnummer: VR 200767 | Amtsgericht Osnabrück | Ust-Ident. Nummer: 66/270/03787

Bankverbindung: IBAN DE33 2655 0105 1551 1544 36 | BIC NOLADE22XXX | Sparkasse Osnabrück

Verlag:

Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, D-51379 Leverkusen-Opladen

Tel. +49 (0)2171.344594 | Fax +49 (0)2171.344693 | info@budrich.de

www.budrich-academic.de | www.budrich-verlag.de | www.budrich-journals.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

© Dieses Werk ist im Verlag Barbara Budrich erschienen und steht unter folgender Creative

Commons Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

Verbreitung, Speicherung und Vervielfältigung erlaubt, kommerzielle Nutzung und Veränderung nur mit Genehmigung des Verlags Barbara Budrich.



Diese Publikation steht im Open Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (www.budrich-journals.de/index.php/dngps).

ISSN Online: 2365-3329

Verlag Barbara Budrich, www.budrich-verlag.de

„VIELFALT IN EINIGKEIT“

EINE POLITISCHE-KULTUR-STUDIE, WELCHE MIT DER BISHER ETABLIERTEN
„LEHRMEINUNG“ BRICHT
REZENSION

ALEXANDER AKEL

UNIVERSITÄT KASSEL

SAGO74@GMX.NET

- *Mannewitz, Tom (2015): Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung. Baden-Baden: Nomos Verlag, 548 Seiten, 128 Euro, ISBN 978-3-8487-2110-8*

Die deutsche Politische-Kultur-Forschung als Subdisziplin der Politikwissenschaft hat sich nach dem 03. Oktober 1990 vorrangig das Ziel gesetzt, den „Prozess des (Nicht-)Zusammenwachsens“ zwischen der ehemaligen DDR und der BRD zu untersuchen. Genauer genommen wurden dabei die beiden Fragen in den Blick genommen, ob sich das wiedervereinigte Deutschland auf dem Weg zu einer „inneren Einheit“ (1) befindet, oder ob vielmehr ein „Riss“ zwischen Ost und West zu erkennen ist (2). Allerdings wächst über 20 Jahre danach zunehmend die Kritik an dieser Vorgehensweise: Beispielsweise die Unterschiede im Bildungswesen, bei den Regierungskoalitionen oder ganz allgemein der Verweis auf „[l]andestypische Mentalitäten“ (S. 45) innerhalb der „alten“ und „neuen“ Länder deuten darauf hin, dass es sich (eher) um regionalisierte (politische) Kulturen in der heutigen Bundesrepublik handelt.

Tom Mannewitz begibt sich mit seiner – im Oktober 2016 von der Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln ausgezeichneten – Habilitationsschrift auf ein neues Terrain, indem er diese Problemstellung aufgreift. Er entgeht dabei der bisherigen „Ost-West-Dichotomie“ und richtet seinen Blick auf die subnationale Ebene. Genauer genommen bedarf es laut Mannewitz zweier Vergleiche: Zum einen zwischen Ost und West und zum anderen innerhalb des Ostens und des Westens (S. 28). Zu untersuchen ist darauf folgend, ob innerhalb beider Teile (eher) Homogenität, oder (eher) Heterogenität das Bild prägt. Im zweiten Fall könnten die Thesen von der „inneren Einheit“ und dem „Ost-West-Gegensatz“ nur noch schwerlich belegt werden (S. 28).

Weiterhin führt der Autor an, dass es innerhalb der Erforschung der politischen Kultur eine „methodische Verengung“ (S. 27) gibt, da sie sich bisher nur unzureichend der etablierten Methodenvielfalt bedient hat. Daraufhin stellen sich dem Forscher vier Fragen, welche das gesamte Projekt leiten werden: „(1) Welche Anhaltspunkte deuten über zwei Jahrzehnte nach der staatlichen Wiedervereinigung auf eine Regionalisierung der politischen Kultur Deutschlands [hin]?“ (S. 31); „(2) Sieht

sich der deutsche demokratische Verfassungsstaat zwei Jahrzehnte nach der staatlichen Einheit Stress ausgesetzt, weil er regional unterschiedliche Orientierungen und Forderungen der Bürger nicht alle gleich gut zu befriedigen vermag?“ (S. 34); „(3) Was sind die Ursachen der regionalen politischen Kulturen in Deutschland? (S. 35) und „(4) Welche Elemente muss der Politische-Kultur-Begriff umfassen, um Stresssituationen für die konstitutionelle Demokratie in Deutschland zu identifizieren?“ (S. 37).

Im folgenden Teil werden der theoretische und methodologische Rahmen, die Möglichkeiten und Grenzen der Operationalisierung von politischer Kultur dargestellt und die bisherigen Werke in der Forschung historisch eingeordnet sowie einer grundlegenden Kritik unterzogen. Dabei beruft sich der Autor auf die theoretischen Ansätze unter anderem von Gabriel A. Almond und Sidney Verba, David Easton und Pippa Norris, Seymour M. Lipset und Karl Rohe. Nach einem umfassenden Vergleich dieser entscheidet er sich für das Mehrebenenmodell von Dieter Fuchs, welches sich nach einer geringfügigen, von ihm selbst vorgenommenen, Modifikation („Zwei-Ebenen-Modell politischer Kultur“ (S. 181ff.)) als das geeignetste erweist, um nach der vorhergehenden Messung von „Orientierungen gegenüber obligatorischen wie fakultativen Elementen des demokratischen Verfassungsstaates [...] zwischen regimebedrohlichen und regimemodifizierenden [...] Zuständen differenzieren zu können“ (S. 228). Währenddessen legt Manewitz sechs Kategorien an, um den demokratischen Verfassungsstaat auf seinen Legitimitätsgrad hin zu untersuchen und somit gleichzeitig ein normatives Untersuchungsraaster zu entwickeln – unter anderem gehören dazu: Wahlregime, Grundrechte, Partizipationsrechte und Rechtsstaatlichkeit. Dieser beschriebene Komplex nimmt fast die Hälfte der gesamten Studie ein.

Die Basis für den empirischen Teil liefern Umfragen aus verschiedenen Instituten. Nach der umfangreichen Auswertung dieser lässt sich der „perfekte“ demokratische Verfassungsstaat als ein „libertärer, antifaschistischer, bundesstaatlicher Wohlfahrtsstaat mit direkt-demokratischen Elementen und einem Schwerpunkt auf Reformpolitik“ (S. 254) beschreiben. Durch seine Unvereinbarkeiten zwischen beispielsweise „Wohlfahrtsstaatlichkeit und Liberalismus“ ist er damit ein Provokateur von Stress (S. 260). Manewitz hegt den Verdacht, dass sich diese Unvereinbarkeiten auf regionale Unterschiede zurückführen lassen und somit für jegliches weitere Vorgehen eine subnationale Analyse gerechtfertigt erscheint (S. 260).

Nach einer Clusteranalyse – welche 13 Bundesländer (außer Saarland, Hamburg und Bremen) berücksichtigt – können folgende Regionaltypen ermittelt werden: Zum einen den „(eher) libertär-konstitutionelle[n]“ (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen), den „(eher) demokratisch-konstitutionelle[n]“ (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen) und schließlich den „(eher) sozialistisch-revolutionäre[n]“ (Berlin, Brandenburg, Sachsen) Regionaltyp (S. 351ff.). Dabei werden Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt als Sonderfälle deklariert, da sie sich in keinen der genannten Regionaltypen einordnen lassen. Anschließend spürt der Autor mithilfe einer QCA (Qualitative Comparative Analysis) – deren Handhabung er in diesem Werk voraussetzt beziehungsweise auf die einschlägige Methodenliteratur verweist (S. 369) – den notwendigen und hinreichenden Entstehungsbedingungen dieser drei ermittelten Regionaltypen nach. Dabei gelangt Manewitz zu interessanten Ergebnissen: Für die Einordnung in den tendenziell libertär-konstitutionellen Typ sind die Abwesenheit einer „sozialistisch-autokratischen Erfahrung“, ein

„christlicher (katholischer) Hintergrund“ und ein hohes „strukturelles Sozialkapital“ notwendige Bedingung. Notwendig und hinreichend ist ein „hoher sozioökonomischer Entwicklungsstand“ (S. 405). Für die Einordnung in den tendenziell demokratisch-konstitutionellen Typ ist ein „christlicher (protestantischer) Hintergrund“ notwendige Bedingung. Notwendig und hinreichend ist ein „mittlerer sozioökonomischer Entwicklungsstand“ (S. 405). Für die Einordnung in den tendenziell sozialistisch-revolutionären Typ sind eine „sozialistisch-autokratische Erfahrung“, ein „niedriger sozioökonomischer Entwicklungsstand“ und ein „moderates bis schwach ausgeprägtes strukturelles Sozialkapital“ notwendige Bedingung. Notwendig und hinreichend sind „kein christlicher Hintergrund“ und ein „mittleres bis hohes Bildungsniveau“ (S. 405). Die Untersuchung mithilfe der QCA ist innovativ, allerdings bleiben Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt gänzlich unberücksichtigt. Damit stellt sich die Frage, zu welchen Ergebnissen die QCA inklusive der beiden Bundesländer gekommen wäre. Somit bleiben hinsichtlich der Ursachensuche für die ermittelten drei Regionaltypen „Blindflecken“ übrig.

Im Abschluss der Qualifikationsschrift stellt Tom Mannewitz bezüglich der „Stressfrage“ nur „minimale Abweichungen zwischen den Ländern“ (S. 442) fest. Dies sei auch „der einzige Aspekt, der die Ost-West-These stützt“ (S. 442). Wie sieht der Ausblick für die Forschung aus? Der Autor konstatiert, dass die Differenzen in Zukunft „zwischen ländlich und eher städtisch geprägten Ländern“ (S. 456) zu suchen sind. Damit legt der junge chemnitzer Politikwissenschaftler eine Arbeit vor, die als Grundlagenwerk der Erforschung der deutschen politischen Kultur bezeichnet werden kann. Hieran sollten zukünftige Arbeiten anknüpfen.